

Wir für 3.000 – JETZT!

Landesbeschäftigte in Hessen fordern Extra-Zahlung als Inflationsausgleich - auch an der TU Darmstadt

»Wir können nicht tatenlos zusehen, wie die Kaufkraft der Landesbeschäftigten immer weiter abnimmt«, sagt die Verwaltungsangestellte und ver.di-Vertrauensfrau Ludwiga Ellermeier-Block von der TU Darmstadt. »Hessens Landesregierung muss handeln – und zwar jetzt!« Insbesondere die Kolleg*innen in den unteren und mittleren Entgeltgruppen könnten nicht auf die Tarifverhandlungen im kommenden Jahr warten. Deshalb haben die gut 60 Teilnehmenden einer Konferenz von ver.di-Aktiven Mitte Mai in Frankfurt am Main beschlossen, eine groß angelegte Unterschriftenaktion zu starten. Ihre Forderung: Die Regierung soll allen Landesbeschäftigten eine Prämie von 3.000 Euro zahlen, um die Reallohnverluste von 2022 und 2023 auszugleichen.

„Die extremen Preissteigerungen treffen alle“

Die extremen Preissteigerungen treffen alle – besonders diejenigen, deren Tarifverträge schon vor der aktuellen Preisexplosion geschlossen wurden. So auch beim Land Hessen, wo die Tariflöhne 2022 um 2,2 Prozent zulegten, die Preise aber um 6,9 Prozent. Im August dieses Jahres gibt es nochmal 1,8 Prozent – weit weniger als die prognostizierte Inflation von sechs Prozent für 2023. »Die Beschäftigten haben die öffentliche Daseinsvorsorge unter schwierigen Bedingungen am Laufen gehalten«, betont Ellermeier-Block. »Das Land muss jetzt Verantwortung übernehmen und sie mit einer Extra-Zahlung außerhalb der Tarifrunden unterstützen.«

Johannes Reinhard von den ver.di-Vertrauensleuten der TU betont, der Inflationsausgleich müsse an alle Landesbeschäftigten gezahlt werden – auch an den »autonomen« Universitäten Darmstadt und Frankfurt. »Dies ist eine politische Forderung an die Landesregierung, die natürlich auch die für die TU und die Goethe-Uni notwendigen Mittel zur Verfügung stellen muss.« Der Wissenschaftliche Mitarbeiter betont zudem, dass eine Einmalzahlung alleine nicht reicht. »Die Prämie ist nötig, um den Kaufkraftverlust für 2022 und 2023 auszugleichen. In der Tarifrunde Anfang nächsten Jahres wird es darum gehen, eine dauerhafte und deutliche Erhöhung der Tabellenentgelte durchzusetzen.« Ohne Druck werde die Landesregierung das allerdings sicher nicht zugestehen, ist Johannes Reinhardt überzeugt. »Weder der Inflationsausgleich noch die Lohnerhöhungen kommen von alleine.

Das macht auch nicht ver.di für uns. Nur wenn wir uns selbst aktiv dafür einsetzen und uns organisieren, können wir Anschluss halten an die Lohnentwicklung im restlichen öffentlichen Dienst.«

Infos zur Kampagne, Unterschriftenlisten und weiteres Material zum Download:

hessen.verdi.de/brennpunkt/wirfuer3000

Wer die Kampagne unterstützen möchte, kann Unterschriftenlisten und Flugblätter bei Annette Zütphen im Personalratsbüro abholen. Ausgefüllte Unterschriftenlisten können in die Personalrats-Briefkästen eingeworfen werden.■

Alltag. Es kommt auch vor, dass die

Die ver.di Vertrauensleute der TU präsentieren die Kampagne für einen Inflationsaus

